

Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt und Kreis Merseburg

Bezugspreis: mit den Postgebühren: „Wochenspiegel“, „Spottvogel“, etc. durch die Post Nr. 240 ohne Postgebühr, durch Voten Nr. 2.— frei Haus monat. Ergeben: wöchentlich nachmittags. Einzelnum. 10 Pfg. Sonnabends 20 Pfg. Geschäftsstelle: Döllnerstr. 4 (Baughelle) und Grotthardstr. 38. — Im Falle bösserer Gewalt (Streik usw.) besteht kein Anspruch auf Vorkriegs- oder Vorkriegsgebühren.

Anzeigenpreis: für den 8 gespalteten Millimeterraum 7 Pfg., im Restame- (Begepaltenen) 28 Pfg., für Spitze und Nachweisungen 21 Pfg. Aufschlag: Kommissionsanzeigen ermäßigt. Rabatt nach Zahl, Erfüllungsort Merseburg. Anzeigenpreis: für werbetreibende Zeitungen wird keine Gebühr getrieben. — Sonntagblatt Leipzig 1954. Fernsprecher 100.101.

Nr. 134

Donnerstag, den 11. Juni 1925

165. Jahrgang.

Der deutsche Vorschlag eines Sicherheitsvertrages.

Englisch-russischer Ausgleich.

London, 10. Juni. Die „Times“ veröffentlichen heute den Wortlaut der deutschen Note vom 9. Februar über den Sicherheitspakt, die kurz wiedergegeben, folgende Punkte enthält:

1. Die deutsche Regierung erkennt es als notwendig an, daß eine befriedigende Lösung der Sicherheitsfrage gefunden werde.
2. Sie macht daher einen Vorschlag, dessen Grundlage die Ideen des Gynofen-Vorschlags vom Jahre 1922 enthalten.
3. Die deutsche Regierung erklärt sich bereit, einen Pakt mit anderen Mächten abzuschließen, die lebenswichtige Interessen am Rhein besitzen: dies besonders mit Frankreich, England und Italien und zwar in der Absicht, einen Krieg zwischen den Unterzeichnern auf beträchtliche Zeit hinaus unmöglich zu machen.
4. Der Pakt soll die Form einer Verpflichtung der Unterzeichner gegenüber den Vereinigten Staaten enthalten.
5. Gleichzeitigkeit soll ein allgemeiner Schiedsgerichtsvertrag zwischen Frankreich, Deutschland und Belgien abgeschlossen werden und zwar nach dem Vorbild der Schiedsgerichtsverträge, die jetzt in Europa abgeschlossen wurden.
6. Mehrfache Schiedsgerichtsverträge können mit anderen Staaten zur friedlichen Regelung von politischen und Rechtsstreitigkeiten abgeschlossen werden.
7. Deutschland wird einem total begrenzten Pakt, der eine Garantie des territorialen Status quo im Rheingebiet bedeutet, zustimmen. Die Garantie der unterzeichneten Mächte soll eine kollektive und individuelle sein.
8. Ein solcher Pakt würde die Garantie der Entmilitarisierung wie sie in Art. 42 und 43 des Friedensvertrages vorgesehen, enthalten.
9. In diesem Falle würde der Pakt die oben erwähnten Schiedsgerichtsverträge in sich einschließen.
10. Die deutsche Regierung sei bereit, einen totalen Pakt in Erwägung zu ziehen, der alle Teile eines Übereinkommens mit allen Staaten der Welt auf Grund des vom Völkerbund vorgeschlagenen Protokolls umfaßt.

nommenen Verträge: Rheinpakt, Sicherheitsverträge und gleichzeitig in Kraft treten würden. Wenn die Vereinigten Staaten des Völkerbundes entsprechen, müssen sie von dem Völkerbunde eingestrichelt und ausgelegt werden, damit ein jeder sich daran beteiligen kann. Wenn die Vereinigten Staaten eines Tages es für richtig halten, dem Sicherheitsvertrag beizutreten, so würde Frankreich die größte Genugtuung darüber empfinden, daß die große amerikanische Nation sich entschlossen hat, an der allgemeinen Verriedung mitzuwirken.

Angst vor einem deutsch-russischen Bündnis.

Paris, 10. Juni. Aus den heutigen Kommentaren der französischen Presse geht hervor, daß man hinsichtlich der Aufnahme der von Frankreich abzulehrenden Note in Berlin trotz aller zur Schau getragenen Befriedigung durchaus unruhig ist. Die Genfer Vertreter der Pariser Blätter zeigen sich in diesem Punkte durchaus skeptisch und äußern die Vermutung, daß Deutschland weitere Verhandlungen antreiben werde, um eine Verbesserung der französischen Vorschläge zu seinen Gunsten durchzuführen. Im „Matin“ bejaupet Sauerwein, daß nach seinen Informationen entweder ein Militärbündnis zwischen Deutschland und Rußland befohle oder doch gewisse Abmachungen getroffen seien, um ein Zusammengehen der beiderseitigen Streitkräfte gegenüber Angriffen der Entente zu sichern.

Amerikas Ansicht.

Das einseitige Abkommen zwischen Briand und Chamberlain. In Washington politischen Kreisen teilt man den Optimismus, der in Paris und Genf mit Bezug auf die Lösung des Sicherheitsproblems zu herrschen scheint, nicht. Man erklärt, daß das Abkommen zwischen Briand und Chamberlain ganz einseitig sei und daß wenig Aussicht bestehe, daß das Abkommen von Deutschland angenommen werden. Man rechnet auch mit einem starken Widerstand Englands und befürchtet, daß das Sicherheitsabkommen vom englischen Kabinett in ähnlicher Weise bestritten werden dürfte, wie kürzlich das Genfer Protokoll.

Erklärungen Baldwin's und Chamberlain's.

London, 10. Juni. In Beantwortung einer Frage des Abg. Hamilton erklärte Baldwin im Unterhaus, daß die Frage der Sicherheitspaktverhandlungen sobald als möglich in Unterhaus zur Erörterung kommen werde. Anlässlich hiesiger Einzelheiten erst nach der Rückkehr Chamberlain's bekanntgegeben werden. Gegenwärtig müsse sich das Haus noch in Geduld fassen und die Verlierer entgegennehmen, daß kein Sicherheitspakt ohne vorherige Erörterung unterzeichnet oder abgeschlossen würde. Die Frage sei zur Zeit so, daß die französische und britische Regierung ihre fortwährende Befürwortung der deutschen Vorschläge zu einer vollständigen Übereinstimmung über gewisse grundsätzliche Punkte gekommen sei. Es sei aller Grund zu der Annahme vorhanden, daß auch Belgien und Italien ihre Zustimmung geben würden. Diese Ansichten würden von der französischen Regierung der deutschen Regierung mitgeteilt werden.

Wenn die deutsche Regierung diese Ansichten teile, lände einer Eröffnung der Verhandlungen auf Grundlage der Erklärung der alliierten Mächte und Frankreich auf der Grundlage der Gleichberechtigung nichts mehr im Wege.

Die vorgeschlagene Erklärung der Frage habe einen durchaus zweifelhaften Charakter, nicht einen einseitigen. Wie aus gewissen in der Presse veröffentlichten Berichten hervorgeht, beruhe diese Auffassung offenbar auf der von der Kabinetsagentur verbreiteten halbamtlichen französischen Meldung. Die Ansicht der britischen und der französischen Regierung sei, daß der Sicherheitspakt allen Signatarmächten die größtmögliche Sicherheit gewähren solle; auf der anderen Seite könne keine Macht, die die Vertragsbestimmungen nicht erfüllt, die Rechte der Signatarmächte verletzen. Es sei nicht zu erwarten, daß die deutsche Regierung sich bereit erkläre, die Bestimmungen des Sicherheitspakt zu bekräftigen, bevor diese nicht durch die alliierten Mächte bestätigt worden. Auf die Anfrage des Abg. Woodcock, ob die deutsche Regierung sich bereit erkläre, die Bestimmungen des Sicherheitspakt zu bekräftigen, bevor diese nicht durch die alliierten Mächte bestätigt worden, erwiderte Baldwin, daß diese Frage erst nach Rückkehr des englischen Außenministers Chamberlain in London erörtert werde. Auf die Anfrage des Abg. Woodcock, ob die deutsche Regierung sich bereit erkläre, die Bestimmungen des Sicherheitspakt zu bekräftigen, bevor diese nicht durch die alliierten Mächte bestätigt worden, erwiderte Baldwin, die Räumung würde sofort nach der Ausführung der militärischen Forderungen, die in der Note vom 4. Juni enthalten seien, erfolgen.

Der englische Außenminister Chamberlain gab in Genf Pressevertretern heute nachmittags folgende Erklärung ab: Ich muß es ablehnen, irgendwelche Erklärungen über die Note an Deutschland wegen des Sicherheitspakt abzugeben, bevor diese nicht der deutschen Regierung übermittelt worden ist. Ich empfehle deshalb, dieselbe nur mit größter Vorsicht zu kommentieren, solange sie nicht veröffentlicht ist, was vermutlich in ein oder zwei Tagen erfolgen wird. Es genügt festzustellen, daß der Gedankenaustausch mit der französischen Regierung die einzige Möglichkeit immer diejenigen Mächten im Auge hatte, die der englische Vertreter beim Völkerbunde bereits im März darlegte und die in seiner Rede im Unterhaus am 24. März zu finden sind.

Ein Detachement der englischen Flotte hat seine Fahrt in die baltischen und skandinavischen Gewässer zu Wanderverbänden begonnen, und fern im Osten, in der nördlichen Mandchurien, glaubt Rußland sich von der anderen Seite durch die Angelfischen bedroht. An der persischen Grenze, die die beiden aus außenpolitischen Gründen reorganisierten zentralasiatischen Besitzungen Rußlands flankiert, ist nach zwei Jahren heute wieder ein Aufbruch der Kasma'schen, der turkestanischen Feinde, gegen ihre unüberwindbar sein, nicht weniger deutlich, als im Mosselgebiet und in Arabien, Schematisches ungewiss, schließt dieser große Ring den europäischen-asiatischen Streit zwischen England und Rußland in sich ein, wie die mitteleuropäischen und Mittelmeer-Probleme den englisch-französischen Fragenkomplex darstellen.

Chamberlain's Einseitigkeit gegen Rußland scheint sich also geschlossen zu haben, und es taucht nur die Frage auf, in welcher Weise der Streit hierauf zu reagieren gelassen ist und welcher Art die Auswirkungen der Konflikte beim der Verständigung auf die gesamte Weltpolitik, nicht zuletzt auch auf Englands Politik gegenüber dem Verbündeten Rußland, Deutschland, sein werden. Glaubt man den Trompetenschlägen derer um Zinnowiew, so steht der Krieg vor der Tür. Es bestehen aber Anzeichen, deren Sinn und Wirkung zwar noch nachzuprüfen sind, die jedoch darauf hindeuten, daß weder Rußland einen Kampf bis auf die Spitze gegen England durchzuführen gewillt ist, noch daß England sich von einer letzten Endes vielleicht auch kriegerischen Offensive gegen Rußland viel verspricht. Die Führung der Offensive liegt gegenwärtig zweifellos auch Rußland gegenüber in der Hand Englands, behält man jedoch im Gedächtnis, daß Zinnowiew internationale Politik heute nicht mehr die russische Außenpolitik zum Vorbild hat, sondern daß Zinnowiew sich zweifellos von Fall zu Fall mit dem russischen Außenminister guttlich und zünftig im Sinne des Wohlles der Zinnowiewen selbst verständigt, so erscheint ein Ausgleich zwischen London und Moskau in nicht allzu naher Zukunft sehr wahrscheinlich zu sein.

Die Vermutung, die englische Geheimdiplomatie arbeite zu gleicher Zeit in Berlin und Moskau an der Bändigung des französischen Potens, in diesem Komplex mit aufgenommen werden kann, bleibt dahingestellt. Tatsache aber scheint zu sein, daß der russische Gesandte in Nizza, der Herr Franke das Aufsehen erregende Telegramm über einen angeblichen Verkauf der Insel Crete und Dage von Seiten Englands an England geschickt hat, seines Postens entbunden wird, angeblich, weil seine Zurechtführung weiter zur Verschlechterung der russisch-englischen Beziehungen beitragen habe. Vieles ist bei genauerem Hinsehen unter den heutigen Verhältnissen wohl auch Verdrüßungspunkte der russisch-englischen Politik finden, so werden die beiden Staaten doch mehr durch die Ausichtslosigkeit eines kriegerischen Zusammenstoßes, also durch die bestehenden Gegenstände selbst, näher zusammengeführt. Auffallend in dieser Richtung ist das in der letzten Zeit in Rußland, namentlich in Wirtschaftskreisen, aufgetauchte Verständnis für den europäischen Weg Englands. Die Russen äußern die Ansicht, daß durch das gesteigerte Interesse des Kreml an einer Balkanföderation Englands mitunter russischer Weg nach Osten ebenso gefördert ist, wie sein Weg über Arabien durch den Sudan. Und ohne die übliche Geschäftigkeit wird in der offiziellen Presse der Plan erwähnt, Englands Verkehr mit Ostindien über das Baltikum, Sibirien und Baku zu leiten. Das Haupt von Baku sei ohnehin nicht erträglich, dagegen müsse Rußland die Embargoellen im unteren Wolgarebiet ausbauen und England den Weg nach Indien durch einen neuen Bahnbus in Afghanistan um 2000 Kilometer gegenüber Kleinasien verkürzen.

Diese beiden Erklärungen können als erster Schritt rückwärts aufgefaßt werden und sind insofern von Bedeutung, als sie den Beweis erbringen, daß der englischen Regierung einerseits die einseitige Unterdrückung der öffentlichen Weltmeinung ausschließlich durch Frankreich nicht zulaßt, andererseits weil sie indirekt den Fingern der Welt zeigen, daß die französischen Informationen nicht den Tatsachen entsprechen.

Scharfe Kritik in den eigenen Reihen.

Die Arbeiterpartei gegen die Paktspolitik. London, 10. Juni. Ramsay MacDonald erklärte dem Parlamenten Abgeordneten des „Daily Herald“, die gesamte Arbeiterpartei werde sich dem Abkommen Chamberlain's mit Briand widersetzen, das der Beginn eines allgemeinen Einbernehmens, den Frieden aufrechtzuerhalten, sei, sondern der Beginn individueller Fata. Bündnisse und Garantien. Es werde nicht den Frieden fördern, sondern eine Unmöglichkeit des Krieges schaffen. Seiner Ansicht nach werde England der Pakt nicht unterstützen, wenn es wisse, welche Kosten er ihm auferlege und welches Risiko es übernehme.

Die Marokkokonferenz.

Madrid, 10. Juni. Zu der Montag in Madrid beginnenden französisch-spanischen Marokkokonferenz sind nunmehr die beiderseitigen Delegierten bestimmt worden. Den Vorsitz der Konferenz führt der Vertreter Frankreichs Walvo, Spanien wird durch den General Jordana vertreten sein.

Die französische Antwortnote.

Paris, 10. Juni. Der Genfer Korrespondent gibt den Inhalt der französischen Antwortnote, die Freitag nach Berlin abgehen soll, wie folgt wieder: Im Eingang weist die Note darauf hin, daß der Sicherheitsvorschlag von Deutschland ausgehe und die Note der französischen Regierung daher lediglich auf

Einholung ergänzender Auskünfte

abzule. Das deutsche Memorandum wolle beunruhigen die Völker an. Es lasse beispielsweise den Völkerbund in der Pflicht, dem fast Anerkenntnis seiner Verpflichtungen Frankreich und sämtliche Alliierten gegenüber. Vor Eintritt in weitere Verhandlungen sei daher die Feststellung von Wichtigkeit, ob Deutschland bereit ist, die in dem Völkerbundsprotokoll festgelegten Verpflichtungen anzuerkennen.

Besondere Gewicht wäre andererseits auf die Feststellung zu legen, daß die Unterzeichnung eines Sicherheitspakt mit Deutschland keine Verletzung der Rechte und Verpflichtungen des Verfallers Vertrages bedeute und die Bestimmungen des Vertrages voll aufrecht zu erhalten. Dies gelte sowohl für Frankreich als auch für Belgien. Belgien müsse selbstverständlich an dem Vertrage beteiligt werden, wenn er zum Abschluß gelange.

Zur Sicherheitspakt könne den Bestimmungen über die Wirkung der Rheinlande sowohl für Belgien wie für Frankreich hinreichend Abrück tun.

Die deutsche Regierung erklärte sich bereit, mit den Mächten weislich des Rheines Schiedsgerichtsverträge einzugehen. Frankreich erkenne genau an, daß diese Verträge eine notwendige Ergänzung des Rheinpakt seien, aber es verweigere ausdrücklich, daß diese Verträge auf sämtliche Konflikt Anwendung finden und den Gebrauch der Gewalt nur für den Fall vorsehen, daß auf Grund einer Verletzung des Vertrages zu ihr Zusticht ergriffen wird. Die Signatarmächte müßten, um diesen Schiedsgerichtsverträgen ihre volle Wirkung zu verleihen, sie

insoweit gemeinsam wie einzeln garantieren.

Für den Fall, daß ein Signatarmächte, ohne eine feindliche Handlung zu begehen, gegen diese verstoßen, ist es Aufgabe des Völkerbundes Maßnahmen zur wirksamen Ausführung des Vertrages zu bestimmen. Die deutsche Regierung hätte sich in ihrem Memorandum bereit erklärt, auch Schiedsgerichtsverträge mit sämtlichen dazu geneigten Staaten, insbesondere mit Polen und der Tschechoslowakei, abzuschließen. Frankreich nimmt diese Erklärung zur Kenntnis. Es stellt aber im Einverständnis mit Großbritannien ausdrücklich fest, daß die Alliierten keine ihnen aus dem Vertrage her zu erhebenden Rechte oder Verpflichtungen aufweisen könnten. Keine Bestimmung der in Aussicht genommenen Schiedsgerichtsverträge darf dagegen verstanden werden, daß die von den Nachbarstaaten des Rheines Verträge dieser Art abschließt, so kann gegebenenfalls ein jeder Signatarmächte des Verfallers Vertrages als Bürge auftreten. Dieses allgemeine Sicherungssystem würde selbstverständlich erst dann seine volle Wirkung haben, wenn sämtliche in Aussicht ge-

Am 5. Juni verstarb plötzlich unser Aufsichtsratsmitglied

Herr Ministerialdirektor a. D. Dr. Oskar Gauger.

Der Verstorbene ist uns in der leider viel zu kurzen Zeit seines Wirkens ein außerordentlich schätzenswerter Berater geworden, der durch ständige und rege Mitarbeit stets ein warmes Interesse für unser Unternehmen bekundete. Er hat uns auch als Mensch sehr nahe gestanden, und wir haben in ihm nicht nur einen sachlichen Berater, sondern auch einen treuen Freund verloren.

Sein Hingang hat uns tief erschüttert und wir werden seiner nicht vergessen.

Körbisdorf, den 9. Juni 1925.

Zuckerfabrik Körbisdorf
Aktiengesellschaft.

Warnung!

Ein Schwindler durchzog gestern mehrere Straßen der Stadt und gab an, von mir beauftragt zu sein, Stahlwaren, wie Messer u. Scheren aller Art, zum Schleifen abzugeben. Ich erkläre hiermit, daß ich niemand beauftragt habe. Leider ist es dem Manne auch gelungen durch Mißbrauch meiner Firma verschiedene Schneidwaren zu erhalten, die er nach mehreren Stunden in vollständig verpfuschten Zustände zurückgebracht und dafür auch noch ganz übermäßig hohe Preise bezahlt genommen hat.

Ich bitte, Stahlwaren zum Schleifen etc., wie bisher nur in meinem Geschäft abgeben zu wollen, da diese hier von langjährig erfahrenen Leuten fachmännlich und preiswert wieder in Ordnung gebracht werden.

Karl Baum, Messerschmiedemstr.
Spezialgeschäft feiner Stahlwaren — Feinschleiferei
Gegründet 1832.

Geschäfts-Verlegung

Mit heutigem Tage verlegte ich mein Ladengeschäft
von Burgstraße 5 nach **Gotthardstraße 28**
(Haus des Herrn A. Heber)

Otto Zielke,
Färberei und chemische Waschanstalt.

In unserer Gemeinde befehdt der lebhafteste Wunsch, daß das prächtige Geläute unserer Stadtkirche wieder seinen früheren vollen Klang gewinnt. Die vielen berechtigten und erzieherischen Verlangen haben wir Rechnung getragen. Die neue dritte Glocke als Ersatz für die im Kriege abgetriebene, ist bestellt. Die erforderlichen Mittel sollen nicht den Kirchengeldern entnommen werden. Wir sind überzeugt, daß unsere Gemeindeglieder es als inneres Bedürfnis empfinden, diese Glocke durch freiwillige Beiträge, größere und kleinere, je nach Vermögen und Liebe zur Sache, zu beschaffen. Demgemäß wird sich in nächster Zeit eine Hausammlung an die Gemeinde wenden. Auch in der Verhandlung Sr. P. u. M., dem Bankgeschäft Fr. Schultze, bei der Stadtkasse u. Sp. u. H. f. (Konto Nr. 40/098) sowie von den beiden Geistlichen werden Gaben angenommen.

Am 21. Juni wollen wir wieder den Gedenktag des Beginns der Reformation begehen, der für unsere Stadt von der Kirche St. Marii ausgegangen ist. Vorausichtlich wird in Verbindung damit die Glockenweihe stattfinden. Gott schenke uns schöne Feiern der Gemeinde zur Freude und Segen.

Merseburg, den 2. Juni 1925.

Die kirchliche Gemeindevertretung von St. Marii.
Auermann.

Erstklassige Weingroßhandlung
im Produktionsgebiet mit bedeutendem Lager in Faß- u. Flaschenweinen bis zu den feinsten Spitzenweinen sowie feinen Digital-Weinbränden hat für Stadt und Landbezirke
Vertretung
an tüchtige Herren gegen hohe Bezüge zu vergeben.
Nur echte Mostkanten mit bestem Beziehungen zu Privat und den in Frage kommenden Abnehmerkreisen wollen sich melden unter
R. 268 an Annoncen-Expedition D. Franz G. u. b. H., Mainz

Lichtspiel-Palast Sonne

Ab Freitag ein Ereignis für Merseburg.
Der Film in Naturfarben!
Die Lotosblume!

Die Geschichte einer Madame Butterfly oder: der Roman einer Verlassenen.

Der farbenprächtigste Film.
Die Hauptrolle des Films, dessen stimmungsvolle und ergreifende Handlung uns in das merkwürdige Geheimnisland China verlegt wird von der jungen japanischen Künstlerin **Ana May Wong** dargestellt, die durch das bewunderungswürdige Spiel des dreißigjährigen Kindes Moran in hervorragender Weise unterstützt wird. Wir zeigen zum ersten Male in Merseburg einen Film in natürlichen Farben. Die kolorierte dieses Films stellt die neueste Erfindung auf dem Gebiete der Farbenphotographie dar.

Dieser:
Ein Mädel vom Zirkus.

5 Akte aus dem Zirkusleben.
In der Hauptrolle: **Glady's Walton.**
Spannend und hochinteressant.

Anfang 5,30 und 8 Uhr.
Sonntag 3 Uhr große Familien- und Jugendvorstellung mit vollem Programm.

Union-Theater
Freitag bis Montag.

Das Tagesgespräch der Welt.
§ 218.

Frauen hütet Eure Mutterchaft.
Eine Tragödie vom Kreuzweg der Liebe und der Mutterchaft in 6 Akten.

In den Hauptrollen:
**Erika Glässner — Margarethe Kupfer
Hanna Ralph — Käthe Dorsch — Karl Anden — Harry Liedke — Paul Otto.**

Außerdem ein vielseitiges Beiprogramm.
Anfang: 6 1/2 u. 8 1/4 Uhr.

**Panther :: Diamant-
Fahrräder
Phönix :: Köhler-
Mähmaschinen
mit Kugelagergestell, auch verlenkbar.
Sprechmaschinen**

ohne Trichter, in Schrank- oder Schallkastenform
Neu aufgenommen
Zündapp: Motorräder

Das Motorrad für Jedermann
empfiehlt
Max Schneider
Merseburg, Schmalfeldstr. 19. Tel. 479.

Landmaschinenmonteure
erleichte Maschinenschloßer, vollständig reparieren, in Ernte-
maschinen-Reparaturen. Ende 20er Anfang 30er
geschickte Mechaniker von nur mäßigem Gehalt
und erfahrenen Kräften unter 600/25 an
die Expedition dieses Blattes.

Pflegten in 3 Tagen
geheilt durch Persia-Salbe, 1 Dose Mk.
3.— Bei Nichterfolg Geld zurück. 'Brema'
G. m. b. H. Stuttgart, 308, Weimarstr. 42.

Zum Einweichen
der Wasche gibt es nichts besseres. Die schmutzlockende Wirkung der alt-
bewährten Henko, Henke's Wasch- und Bleich-Soda ist geradezu überraschend.
Nehmen Sie Henko. Sie erleichtern sich das Waschen außerordentlich!



Kur- & Baderestaurant Bad Lauterbach
Sonnabend, den 13. Juni 1925
Bunter Abend
Auffreten des Leipziger Radio-Kunstjödler
Curt Polter
Gastspiel der Jazzband-Kapelle Kabeha
das Trio der guten Gesellschaft in ihren komischen
Sololeistungen
Neu! Neu!
Beginn 8 Uhr abends
Ab 11 Uhr Tanz im Kursaal
Ballmusik: Kapelle Kabeha mit ihren neuesten Tänzen.
Eintritt 1.— Mk.
Sonntag, den 14. Juni 1925
von 3—6 Uhr nachm. im Kurpark
**Gastspiel der Jazzband-Kapelle Kabeha
und Curt Polter**
von 7 Uhr ab Réunion im Kursaal
mit Einlagen des Kunstjödler Curt Polter
Nacht Autoverbindung nach allen Richtungen

**Königin
Luise-Bund**
Bundesabend
Donnerstag, d. 11. Juni
abends 8 Uhr
in Müllers Fremdenhof
Erläutern Pflicht.
Gäste willkommen.

Freiw. Feuerwehr
Montag, den 15. Juni 1925,
abends 8 Uhr
Körpersübung
Vollständiges Erlernen
erforderlich.
Das Kommando

Ausschreibung.
Die Herstellung eines Einfamilien-Beamten-Wohn-
hauses nebst Stall in Mühlen soll öffentlich ver-
geben werden.
Die Verdingungsunterlagen können gegen Ein-
zahlung von 3.00 Mk. vom Landesbauamt bezogen
werden, dort kostenlos eingesehen werden. Angebote
sind bis zum 23. Juni vormittags 10 Uhr unter der
Aufsicht: „Angebot auf Beamtenwohnhaus in
Mühlen“ einzuliefern. Aufschreibzeit: 14 Tage.
Landesbauamt Weißenfels.

Versteigerung.
Sonnabend, den 13. d. Mts. ab vormittags
9.30 Uhr versteigert ich im Volkshaus „Zur Kumpen-
burg“ hier im heimlichen Auftrage u. für Rechnung
von es angeht öffentlich meistbietend gegen Bar
Mez. Wile Zigarren, mehr. große und kleine
Bollen Kern-, Zolletten- und sonstige Seifen;
Schokoladen usw.; div. Kleidungsstücke, Schuhe
usw. versch. Wertgegenstände.
Wb. Franke, beach. Funktion., Merseburg, Lindenstr. 11 Tel. 635

**Gestrickte
Damen-Jacken**
in Wolle und Kunstseide
**Jumper — Blusenschoner
Berchtesgadener - Jäckchen**
empfiehlt in reicher Auswahl und
vielen modernen Farben preiswert
H. Schnee Nachfl.
A. & P. Ebermann
Halle a. S. — Gr. Steinstr. 34

**Schöne 5-Zimmer-
Wohnung** mit Bad u.
Balkon geg.
abt. für tauglich.
Angebot unter 600/25
an die Exped. d. Blattes.

**Verschiedene
Familien nachrichten
aus Merseburg und
Umgegend.**
Gestorben: Frau Anna
und Frau Maria geb.
Otto, Burgwerben.
Gestorben: Frau Anna
Wolke geb. Müller, Mühl-
gutsch, 64 Jahre; Frau
Bertha Arnold geb. Wei-
tger, Lützen, 75 Jahre;
Paul Edmund, Rabna,
23 Jahre; Johann Gott-
lieb Böhm, Mühlh.,
85 Jahre; Willy Stroh,
Goberleben, Frau Paul
Schulze geb. Baumann,
Merseburg, 86 Jahre;
Frau Wilhelm, Mühlh.
geb. Constantin, Merse-
burg, 54 Jahre; Albert
Jandt, Daspitz, 76 Jahre.

Stmärker
Die Stmärker nehmen
an der Familienweibe der
Erisgruppe Halle im
„Fischgraben“ am 13. d. Mts.
Tel. Abfahrt: 4.30 nachm.
Zurückkunft: Bahnhof
Nege Vertilgung erleben.
Der Vorstand.

**Morgen Freitag
Schlachtfest**
W. Kleindienst
Weiße Mauer 10.
Eingeetroffen
Majes-Heringe H. 0,20
Senkenfleisch Würstchen
Dose (6 Paar) 1,50
Zwiebseln . . Pf. 0,20
Gauerhohl . . Pf. 0,16
Gr. Apfelfleisch H. 0,20

O. Traxdorf,
Neumarkt 6.
Heimter lüch
möbl. Bimmer.
Angebot unter R. 2. an
die Expedition d. Bl.
Junger Herr lüch i.
15. Juni möbliertes
Heizbares
Zimmer
(Betttische wird ab-
getier.) Möglichst glä-
Bahnhof Merseburg oder
Leuna. Am gef. Offert.
bitter Angelerter Schö-
Hofdorf b. Schmil i. Bahnd.

**Schöne 5-Zimmer-
Wohnung** mit Bad u.
Balkon geg.
abt. für tauglich.
Angebot unter 600/25
an die Exped. d. Blattes.

**Schöne 5-Zimmer-
Wohnung** mit Bad u.
Balkon geg.
abt. für tauglich.
Angebot unter 600/25
an die Exped. d. Blattes.

Henko

Die Entwaflungsnote der dem Auswärtigen Aussch.

Der Auswärtige Aussch. des Reichstags trat am Mittwoch vormittag unter dem Vorsitz des Abg. Berg (Dnalt.) zusammen, um die politische Lage zu besprechen, die durch die erfolgte Ueberreichung der Entwaflungsnote der Vorkonferenz entstanden ist.

In weiteren Verlaufe der Sitzung des Auswärtigen Aussch. nahmen die Abgeordneten Graf Westarp (Dnalt.), Dr. Breitscheid (Soz.), Dr. Zahn (Chr.), v. Helldorf (Dnalt.), Dr. Vredt (Wirtschafth.), Dr. Goebbels (Dnalt.), Frau Golke (Komm.) und v. Lindener (Dnalt.) das Wort.

Die wirkliche Lage.

Die ganze Heerde der Angaben des Kontrollberichts und der Entwaflungsnote verhielt man nur, wenn ihnen die Richtigungen der übrigen Länder entgegengehalten werden. Da ergibt sich folgende Friedensstärke der einzelnen Mächte: Frankreich: 786 000 Mann mit 478 Batterien leichter und 328 Batterien schwerer Geschütze, mit 1370 Flugzeugen, 5800 Kampfwagen, 28 500 leichte und 10 500 schwere Maschinengewehre.

Italien mit rund 500 000 Mann regulären Truppen und rund 400 000 Mann Wehrdienstpflichtigen, 279 leichte und 144 schwere Batterien, 750 Flugzeuge, 100 Kampfwagen, 6000 leichte und 5000 schwere Maschinengewehre. Sowje Union mit rund 180 000 Mann, 82 leichte und 33 schwere Batterien, 650 Flugzeuge, 300 Kampfwagen und 4000 leichte, sowie 2000 schwere Maschinengewehre.

Das schon seit langen von der Beamtenliste geforderte neue Beamtengesetz ist jetzt von der Reichsregierung im Entwurf so weit vorbereitet, daß es in allerhöchster Zeit dem Reichstag unterbreitet werden kann. Das Gesetz regelt grundräßig das deutsche Beamtenrecht. In einer zweiten Vorlage wird ein neues Dienststrafengesetz vorgelegt, in dem alle jene Bestimmungen weggefallen sind, die neuzeitlicher Rechtsauffassung nicht mehr entsprechen.

Das Haus zu den zwei Heiligen drei Königen.

Roman von v. dem Bogelsberg.

6. Fortsetzung. Als ihn Nord nach einer Viertelstunde aufsuchte, stand er im Schatten der Hütte und lag nachdenklich an seiner Zigarre. „Da sind Sie, Herr Herrmann“, nickte er wie in Gedanken. Dann sah er seinen jungen Mitarbeiter scharf an und fragte ganz sachlich: „Ist es wirklich Ihr Ernst, in das Kesselfattische Unternehmen einzutreten?“

Polnische Grenzschikanen vor dem Reichstag.

Präsident Lobe teilt zugleich nach Eröffnung der gezeigten Reichstags-Sitzung mit, daß der Abg. Severing (Soz.), der preussische Innenminister, wegen Krankheit auf vier Wochen beurlaubt ist. Die Verträge mit Ungarn über Weichsel und Reichsflüsse in Steuerverlegen wurden jedoch angenommen. Beim Abkommen mit Polen über Grenzleistungen im kleinen Grenzverkehr erhob Abg. Frau Vaders (Dem.) Beschwerde über die Schicksalserwartungen der polnischen Seite sowohl bei der Einreise wie bei der Ausreise gemacht worden.

Auf der Tagesordnung stand dann der Bericht des Ausschusses für Bildungswesen über die Junglerfrage. Zu dieser Frage sind von allen Parteien zahlreiche Anträge eingegangen. Der Ausschuss für Bildungswesen eruchte die Reichsregierung, in den Haushalten für 1925 ausreichende Mittel zur Sicherung der wirtschaftlichen Leistungen der Jungler zu beschaffen und zu ihrer wissenschaftlichen und pädagogischen Fortbildung einzusetzen.

Der Ausschuss für Wohnungswesen über den Wohnungswesenstand der Gegenwart vor Änderung der Wohnungsordnung. Die neue Vorlage bringt eine Reihe von Bereinigungen. Ferner wurde angeregt, eine einheitliche Wohnungswesenordnung zu erlassen, in der alle einschlägigen Gesetze und Bestimmungen zusammengefaßt sind.

Der Arbeitsplan des Reichstages.

Der Reichstagsrat des Reichstages setzte in seiner Mittwochs-Sitzung den Arbeitsplan des Plenums für die Zeit vom 12. Juni bis zum 18. Juli fest. In dieser Zeit sollen erledigt werden: Die Haushaltfrage, die Aufstellungsfrage, der englische und amerikanische Handelsvertrag, die Zolltarife und ein Reihe sozialpolitischer Fragen. Als weitere Beratungsgegenstände werden die Unfallversicherung, das Reichsversicherungsgesetz, die Wochenhilfe und die Angehörigenversicherung genannt.

Zu den Behauptungen, die der Reichstagsabgeordnete Dr. W. in der Reichstagskammer veröffentlicht hat, veröffentlicht die deutsche Reichstagsfraktion folgende Erklärung: Die Behauptung, daß leitende Männer der Fraktion ausgeprochen hätten, daß die Wahlversprechungen bedeutungslos seien und jedenfalls hinter höheren Staatspflichten zurückzutreten hätten, ist unmaß. Mit aller Entschiedenheit muß die hiesige Interfraktion zurückgewiesen werden, als ob gegen diese Vermutung etwas zu sagen sei.

Umanhre Behauptungen des Herrn Best.

„Nord lächelte. „Doch, Herr Rogge. Ich habe sogar sehr oft daran gedacht.“ „Na und?“ „Dazu gehören Beziehungen.“ Rogge warf einen Blick von der Seite her auf seinen Begleiter. „So, na, die werden sich vielleicht noch finden.“ Damit war die Unterredung zu Ende; aber nach einigen Schritten kam Nord noch einmal zurück und fragte: „Ihre Ansicht bezüglich der Bahn war wohl nur für meine Ehre bestimmt, Herr Rogge?“

„Für jeden, der sie hören will“, sagte Rogge gelassen. Während er wieder nach seinem Arbeitsplatz zurückging, nahm Herr Nord Herrmanns Worte auf. Kesselfattich die Meinung Herrmanns zu überbringen. Er war der Ueberzeugung, daß ein Urteil von dieser Seite Hannes Vater unbedingt von dem aussichtslosen Plan abbringen müsse. Und als er am Abend nach Schluß der Arbeitszeit auf dem Wege in die Stadt zurückfuhr, hatte er sich alle die überzeugenden Gründe zurechtgelegt, die er aus Eigenem dazugeben wollte und die er im Grunde genommen auch schon früher ins Feld geführt hatte.

Mensch, ürgere dich nicht!

Jetzt hat auch die preussische Regierung amtlich bezeugt, wie außerordentlich sie sich über die Bafl Hindenburg geäußert hat. Bekanntlich hatte der preussische Landtagspräsident von Tobe Gericke mit eben diesen Worten die Reichstagskammer eingeführt und berechtigt wurde, hatte der sozialdemokratische Parteisekretär Barfels als Landtagspräsident seine Sprache noch nicht wieder gefunden, um den neuen Reichspräsidenten zu gebeten. Erst der demissionäre neue Abgeordnete Voelck-Neufuß mußte den Landtagspräsidenten in der Sitzung vom 12. Mai darüber berichten, daß man sich über die einfachsten Formen der Botschaftlichkeit und der demokratischen Bestimmung zu besinnen hat, umso mehr, wenn man nicht als sozialdemokratischer Parteisekretär tätig ist, sondern als Landtagspräsident, ein Amt, das in einem demokratischen Staat doch eine gewisse Verantwortlichkeit voraussetzt.

Der Arbeitsplan des Reichstages. Der Reichstagsrat des Reichstages setzte in seiner Mittwochs-Sitzung den Arbeitsplan des Plenums für die Zeit vom 12. Juni bis zum 18. Juli fest. In dieser Zeit sollen erledigt werden: Die Haushaltfrage, die Aufstellungsfrage, der englische und amerikanische Handelsvertrag, die Zolltarife und ein Reihe sozialpolitischer Fragen.

Wieder ein Zusammenbruch eines belgischen Kriegesgerichts.

Das belgische Kriegesgericht in Brabant hatte im März d. J. den Major a. D. vom 25. Infanterieregiment Freiherren Georg v. Stöifel zum Tode verurteilt, weil er am 28. August 1914 in Belgien, in einem Dorf, dort noch lebenden, mehrfachen Mord begangen haben sollte. Das Kriegesgericht hat wegen der belgischen Beschuldigung ein Verfahren gegen Major v. Stöifel eingeleitet. Die gerichtliche Untersuchung hat ergeben, daß die am dem angegebenen Tage in Kessel-Vogel auf Befehl des Majors erschossenen Männer entweder selbst auf deutsche Flugzeuge oder auf belgische Flugzeuge gefallen sind, oder in der Zeit der Belagerung von Kessel-Vogel durch die Belgen erschossen wurden.

„Glaßend. Ich lebe in die Zukunft und die sieht mehr als rosig aus, haha.“ „Das ist erfreulich“, meinte Nord, während er einen Stuhl vom Gerümpel freimachte. Er konnte sich bei dieser optimistischen Prognosegebung eines erheblichen Unbehagens nicht erwehren. „Das Klingt fast ironisch“, bemängelte der Architekt und rief dabei das fünfmeterdicke Haar hinauf. Nord schüttelte den Kopf. „Ganz gewiß nicht, zumal ich die Ursache Ihrer zuversichtlichen Stimmung nicht kenne. Im übrigen, ich bin nur gekommen, um Ihnen ein Kesselfattich rüchste aufgeregt auf seinem Stuhl hin und her. Das Mißtrauen, das ich Ihnen seit Monaten allen Menschen gegenüber plagte, hing an, zur fixen Idee zu werden.“

„Madrigalen? Woher? Für mein Unternehmen etwa? Seht nett von Dir, aber wertlos, wirklich ganz wertlos! Ich treibt ja doch nur der Reiz.“ Mit einer abwehrenden Handbewegung suchte ihn Nord zu unterbrechen. „Trauen Sie mir das zu, Herr Kesselfattich? Ich persönlich habe doch gar kein Interesse daran, ich wollte Ihnen nur mitteilen, was mir heute Herr Rogge...“ Mit einem Nuck fuhr Kesselfattich von seinem Drehstuhl hoch und seine Augen glitzerten in einem wahren Furio. „Rogge? Der biedere Herr Rogge? Nun wird's Tag. Daß Euch Der und Jener! Aber freuen mich ich mich doch, wenn ich sehe, wie der alte Schleicher sich jetzt dreht und wendet. Haha, das lüchelt ihn, daß ich ihm zuworgekommen bin, daß er dieses Projekt nicht auch in seinen großen Wagen schlagen konnte.“ Die letzten Worte klang er betonte seine Worte in einem tiefen Grinsen. „Doch der war nicht ohne gegeben, obwohl die Empörung bei der Beschuldigung seines Chefs in ihm aufstieg. „Das stimmt nicht, Herr Kesselfattich“, sagte er so gelassen es ihm möglich war, „Herr Rogge hat gar keine Wünsche auf diese Unternehmung, weder so noch so. Aber er hat mir nur meine eigene Auffassung bekräftigt, die Ihnen bekannt ist: daß die Sache io, wie sie gegenwärtig liegt, undurchführbar ist. Ich habe es daher für meine Pflicht gehalten, Sie darüber aufzuklären, zumal ich Rogge für einen durchaus maßgebenden Sachmann halte.“

